



Bürgerlich-Demokratische  
Partei Schweiz

Medienmitteilung

## **Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen (Wiedergutmachungsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag**

### **BDP will rasche und wirkungsvolle Hilfe für die Opfer**

**Die Fraktion der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz BDP unterstützt geschlossen den vom Bundesrat präsentierten indirekten Gegenvorschlag zur Wiedergutmachungsinitiative. Mit diesem kann den Opfern rasch und wirkungsvoll geholfen werden. Die moderne Schweiz muss Licht in dieses dunkle Kapitel ihrer Geschichte bringen und offen dazu stehen.**

Die BDP-Fraktion zieht den indirekten Gegenvorschlag der Wiedergutmachungsinitiative vor. BDP-Fraktionssprecher Bernhard Guhl: "Mit dem Gegenvorschlag kann den Betroffenen deutlich rascher und effizienter geholfen werden als über den langen Umsetzungsweg der Initiative." Die Mehrheit der betroffenen Personen sei bereits im fortgeschrittenen Alter und warte schon lange auf ein anerkennendes Zeichen von offizieller Seite, wie BDP-Vizepräsident Lorenz Hess in seinem Votum betonte: „Viele Opfer leben noch heute unter uns. Ich kenne einige persönlich. Sie haben mir berichtet, wie sie als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und misshandelt wurden, wie sie in den Schweineställen schlafen mussten, wie man sie gesundheitlich geschädigt hat und wie ihre sexuelle Integrität verletzt wurde.“

Zu den zentralen Elementen der Wiedergutmachung gehören die gesellschaftliche Anerkennung des Unrechts, das den Opfern widerfuhr, die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschehnisse und der Solidaritätsbeitrag an die Betroffenen. Dabei begrüsst die BDP, dass ein sehr einfaches Verfahren für die Abwicklung gewählt wurde, bei welchem die Betroffenen nicht die gesamte quälende Vergangenheit vor den Behörden offenlegen müssen. Die hierzu vom Bundesrat vorgeschlagenen 300 Millionen Franken sind nach Meinung der BDP angemessen.

Die BDP-Fraktion will eine rasche Anerkennung des Unrechts und daraus resultierend eine schnelle Auszahlung der Solidaritätsbeiträge an die Opfer. Diese ist überfällig und es gibt keine Alternative. Mithilfe des Massnahmenpakets im indirekten Gegenvorschlag kann und muss nun angemessen Licht in dieses dunkle Kapitel der schweizerischen Sozialgeschichte gebracht und aufgearbeitet werden.

#### Auskunft:

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

26.04.2016